

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1992)
Heft: 18: Berufsbildung : Weiterbildung

Artikel: Die BEBI ist heute kein Politikum mehr
Autor: Bollinger, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die BEBI ist heute kein Politikum mehr

Seit den 60er Jahren ist die Berufsbildung in der Schweiz immer wieder Thema von politischen Debatten gewesen. Anfang der 70er Jahre waren es die Lehrlingsgruppen; Ende der 70er die Gewerkschaften mit dem Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz; Anfang 80er die SAP mit ihrer Lehrwerkstätten-Initiative. Erst in den letzten zehn Jahren ist es um die Berufsbildung auf politischer Ebene ruhiger geworden. Dies zur Freude von Arbeitgebern und Gewerblern, die einen, weil sie so mehr oder weniger ungestört ihre Vorstellung von Berufsbildung durchdrücken konnten; die anderen, weil sie nach wie vor billige Arbeitskräfte zur Strukterhaltung hatten.

Es waren die «Jugendunruhen» nach '68, die auch in der Schweiz nebst StudentInnen und SchülerInnen auch Lehrlinge auf die Strasse brachten. So war mein erstes politisches Engagement 1971 die «Basisgruppe Lehrlinge Zug», die sich später zackiger in «Mai-blitz» unbenannte. Wie viele andere begannen wir unsere Arbeit mit einer Umfrage: Wir wollten die Lehrlinge ansprechen und gleichzeitig Fakten sammeln, um unsere These der «Ausbeutung Tag für Tag, gesichert durch den Lehrvertrag» zu untermauern und um der Forderung «Lehrzeit statt Leerzeit» Nachdruck zu verschaffen. Die erste grosse Aktion war aber das Verteilen eines Flugblattes vor den Toren der Landis & Gyr, mit dem gegen die Einführung des Leistungslohnes für Lehrlinge protestiert wurde. Um diese Aktionen herum entwickelten sich Diskussionen über die Lehre. Da

vom SGB vorgetragene Vorschlag, das «duale System» der damals noch Meisterlehre genannten Berufslehre durch ein System mit Lehrwerkstätten zu ersetzen.

«Das heutige System der Meisterlehre genügt in seiner jetzigen Form modernen Ansprüchen nicht mehr... Die Grundausbildung hat deshalb in eigentlichen Fachschulen oder Lehrwerkstätten zu erfolgen.» (Gewerkschaftliche Rundschau Nr. 2, 1971). Die Expertenkommission des Bundes kam jedoch zu folgendem Schluss: «In ihrer Überwiegenden Mehrheit erachtet die Kommission die Meisterlehre auch weiterhin als die zweckmässige Form unserer Grundausbildung. Eine Umstellung auf eine ausschliessliche Ausbildung in Lehrwerkstätten liesse sich schon aus praktischen Gründen nicht verwirklichen.»

1974 präsentierte der SGB ein Alternativgesetz, das Verbesserungen im Rahmen des bestehenden Systems enthielt (Ausbau des obligatorischen Berufsschulunterrichtes).

1974 musste aber der SGB das Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz ergreifen. Nach einem vor allem von Seiten des Gewerbes hart geführten Abstimmungskampf wurde das Berufsbildungsgesetz (BBG) mit 58% Ja-Stimmen angenommen.

aber die allgemeinen politischen Diskussionen in der Vordergrund rückten, kam es von diesen Gruppen her kaum zu eigentlichen Reformvorschlägen.

DAS REFERENDUM DES SGB

Während Jahren war man sich in breiten Kreisen einig, dass die Berufsbildung in einer Krise sei und reformiert werden müsse. Die Aktionen der Jugendgruppe schafften Öffentlichkeit über ganz konkrete Fälle. Es war naheliegend, dass auch die Gewerkschaften sich für die Thematik interessierten.

Auch für die weitsichtigeren Unternehmer war eine Reform nötig, wollten sie die Abwanderung der Jugendlichen in die Mittelschule bremsen. Eine eidgenössische Expertenkommission begann Anfang der 70er Jahre ein neues Berufsbildungsgesetz zu diskutieren. Diskutiert wurde auch der

1980 wurden dann die «Verbesserungen» des BBG rechtskräftig: Anlehre, Lehrmeisterkurse, Freifächer, Stützkurse und Berufsmittelschule u.a.

Die Gewerkschaften konzentrierten sich in der Folge auf die Forderung nach einer Unterstellung der Lehrlinge unter den GAV. Diese Kampagne wurde von einigen aktiven Jugendgruppen getragen (v.a. GBH, SMUV und GDP).

Ende 1985 präsentierte der SGB ein neues Berufsbildungskonzept, in dem vorgeschlagen wurde, die Berufsausbildung auf drei gleichwertige Säulen abzustützen: Betrieb, Berufsschule und Einführungskurse.

DIE LEHRWERKSTÄTTEN- INITIATIVE DER SAP

Im Sommer 1979 schlug die SAP allen interessierten Organisationen eine Lehrwerkstätten-Initiative vor. Mit öffentlichen Lehrwerkstätten hätte der Lehrstellennot in zukunftsoffenen Berufen und der durch die technologische Entwicklung und durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen nötigen Umschulung entgegnet werden sollen. Der Initiativvorschlag stiess an vielen Orten auf Sympathie, die konkrete Unterstützung blieb jedoch aus. Nebst der SAP machten im Aktionskomitee bloss noch der VSS (Verband der Schweizerischen

Studentenschaften) und das Viva-Kollektiv Graubünden mit.

Mit einem grossen Einsatz sammelten die SAP-Aktivisten die nötigen Unterschriften. Im Mai 1982 konnten dann 107 898 beglaubigte Unterschriften eingereicht werden.

Die Abstimmung wurde auf den 28. September 1986 festgelegt. Trotz des schwierigen Themas fanden etliche Diskussionen statt. Gewerbe und Unternehmerschaft stiegen zur Verteidigung der Meisterlehre und gegen «Verstaatlichungen» auf die Barrikade. Die Initiative wurde bei einer Stimmabstimmung von 35% mit 1 162 019 Nein

und 261 979 Ja klar abgelehnt.

In den darauffolgenden Jahren entwickelte der SGB wieder ein neues Berufsbildungskonzept («Berufsbildung ein Leben lang»), das sich nicht mehr nur auf die Ausbildung beschränkte, sondern auch Reformziele für die Weiterbildung formulierte. Diese Forderungen konnten in einige Berufsbildungskommissionen hineingebracht werden.

hineingearbeitet werden. Es ist durchaus so, dass hinter den Kulissen einiges läuft. Seit der Abstimmung über die Lehrwerkstätten-Initiative ist aber das Thema der Berufsbildung aus den politischen Diskussionen verschwunden.

